ISSN 0721-0752

ZfSÖ
ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

Helmut Woll **3** **Homo oeconomicus technicus**

Bernadette-Julia Felsch **11** **Von den Physiokraten bis zur Neoklassik – Henry George und der vergessene Faktor Land**

Hans-Jochen Vogel **19** **Bedarf es wirklich keiner Bodenrechtsreform? – Eine verdrängte Herausforderung**

Fabian Thiel **25** **Eigentum – auch Bodeneigentum – verpflichtet! – Zur Entstehungsgeschichte, Auslegung und Bedeutung von Artikel 14 Abs. 2 Grundgesetz**

Dirk Löhr **31** **Wege und Irrwege der aktuellen Bodenreformdiskussion**

Ulrich Kriese & Henry Wilke **46** **Grundsteuerreform – Schlägt jetzt die Stunde der einfachen Lösungen?**

Elisabeth Meyer-Renschhausen & Klaus Prätor **51** **Allmenden, Commons und Gemeinheit – Vom Verschwinden und Wiederauftauchen der Allmenden**

61 **Bericht – Bücher – Personalie**

55. Jahrgang **196/197.** Folge **Mai 2018**

BERICHT

Auf dem Weg zur bodenpolitischen Wende? – Die Münchener Initiative für ein soziales Bodenrecht macht einen ersten Schritt

München ist einer der Hotspots im internationalen Monopoly der Immobilienwirtschaft. Hier wie in Berlin, Hamburg, Frankfurt oder Köln ist der städtische Boden- und Immobilienmarkt seit Beginn der Weltfinanzkrise mehr und mehr zum Tummelplatz nationaler und internationaler Investoren jeder Couleur mit immer kürzeren Transaktionszyklen geworden. Die Bodenpreise für den Wohnungsbau haben sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht, Eigentumswohnungen sind für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich geworden und ein wachsender Teil der Haushalte kann sich am freien Markt auch nicht mehr mit bezahlbaren Mietwohnungen versorgen. Der entfesselte Bodenmarkt entfaltet eine zersetzende Wirkung auf den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft – und die sozialen Folgekosten werden wie selbstverständlich auf die Allgemeinheit abgewälzt.

Es ist sicher kein Zufall, dass 2017 gerade in München eine parteipolitisch unabhängige Initiative für ein soziales Bodenrecht (www.initiative-bodenrecht.de) gegründet wurde, denn hier und in anderen wachsenden Großstädten wird die Bodenpolitik zum Dreh- und Angelpunkt einer sozial gerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung. Im Mai 2017 hatten sich bei der Fachveranstaltung „Ein neues Bodenrecht für bezahlbaren Wohnraum“ rund 150 Interessierte aus Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zusammengefunden, um über den Umgang mit dem unvermehrbaren und unverzichtbaren Gut „Boden“ und neue planungsrechtliche Instrumente zu diskutieren. Danach wurde im rasch wachsenden Kreis von Aktiven der „Münchner Aufruf für eine andere Bodenpolitik: ein soziales Bodenrecht für bezahlbaren Wohnraum und lebenswerte Städte“ erarbeitet und im November 2017 auf einer Abendveranstaltung der Münchner Volkshochschule erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt.

Worum geht es der Initiative, wenn sie zunächst im vorpolitischen Raum für eine bodenpolitische Wende wirbt? Die im Grundgesetz betonte Gemeinwohlbindung des Eigentums und das Postulat der Bayerischen Verfassung, leistungslose Bodenwertsteigerungen für die Allgemeinheit nutzbar zu machen, sind immer noch sehr unvollkommen umgesetzt. Ein Umdenken ist vor allem bei der Besteuerung des Bodens angezeigt. Die heutige Grundsteuer beruht auf längst überholten Einheitswerten, die nie fortgeschrieben wurden. Eine Bodenwert- und Bodenflächensteuer auf der Basis der jeweils aktuellen Bodenrichtwerte der Gutachterausschüsse, bei der die Gebäudewerte außen vor bleiben, könnte planungs- oder konjunkturbedingte Steigerungen des Bodenwerts abschöpfen und für die Herstellung der öffentlichen Infrastruktur und den Bau dauerhaft bezahlbarer Wohnungen zur Verfügung stellen. Auch die spekulative Zurückhaltung von Bauland ist dann wirtschaftlich unattraktiv, knappes Bauland wird mobilisiert. Vor allem die Kommunen mit ihrer lokalen Gestaltungsverantwortung sollen ermutigt und z. B. durch ein erweitertes preislimitiertes Vorkaufsrecht in die Lage versetzt werden, eine aktive und nachhaltige Bodenvorratspolitik zu betreiben, statt ihr Tafelsilber an die Meistbietenden zu verkaufen. Aber auch die Länder und der Bund müssen entbehrliche Grundstücke und Immobilien vorrangig für bezahlbaren Wohnungsbau und soziale Infrastruktur einsetzen.

Im Frühsommer veranstaltet die Initiative den „Münchener Ratschlag zur Bodenpolitik“. In dieser kommunalen Werkstatt wollen sich die eingeladenen Vertreterinnen und Vertreter aus bodenpolitisch aktiven Großstädten, Verbänden, Stiftungen und Forschungsinstituten untereinander und mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten über fachliche und politische Prioritäten austauschen und ihre wichtigsten Forderungen in einem „Kommunalen Impuls zu einer sozialen und nachhaltigen Bodenpolitik bündeln“.

Liest man den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD, dann wird deutlich: von einer bodenpolitischen Wende kann in der Bundespolitik noch längst keine Rede sein. Aber in den Städten, in der Zivilgesellschaft und in Fachkreisen gewinnt

das Thema immer mehr an Fahrt: ein bodenpolitischer Aufbruch ist in Sicht!

Nähere Informationen über die „Münchner Initiative für ein soziales Bodenrecht“ gibt es bei der STATTBAU München GmbH, Schwindstraße 1, 80798 München, und auf der Website www.initiative-bodenrecht.de

Stephan Reiß-Schmidt

BÜCHER

Jürgen Kaube
Die Anfänge von Allem
Berlin: Rowohlt Verlag, 2017. 400 Seiten.

„Die wichtigsten Erfindungen haben keine Erfinder. Wir kennen den Menschen nicht, der als erster aufrecht ging oder der als erster ein Wort sagte, wir kennen die Gemeinschaft nicht, die als erste einem unsichtbaren Wesen huldigte oder die als erste tanzte“. Mit diesen Worten beginnt Jürgen Kaube seine Suche nach den „Anfängen von Allem“ und greift damit die alte Frage nach dem Ursprung grundlegender zivilisatorischer Errungenschaften der Menschheit auf. Während diese in früheren Zeiten Gegenstand religiöser Mythologien und philosophischer Spekulationen war, gibt es heute „Spezialisten für Anfänge“ aus der Evolutionsbiologie, Archäologie, Genetik, Anthropologie und der Linguistik. Jürgen Kaube nimmt sich deren Erkenntnisse vor und referiert in 16 Kapiteln allerlei Anfänge: vom Anfang des aufrechten Gangs über das Kochen, das Sprechen, die Sprache, die Kunst, die Religion, die Musik, die Landwirtschaft, die Stadt und den Staat, die Schrift, das Recht und das Rechnen, das Erzählen und das Geld bis hin zu der Monogamie. Er stellt dabei nicht einfach eine Erklärung in den Raum, sondern präsentiert diverse mögliche Thesen, stellt diesen Gegenthesen entgegen und bildet damit die vielstimmigen Debatten der wissenschaftlichen Frühzeitforschung ab. Ähnlich wie die Forscher, die er referiert, versucht er anhand der wenigen frühzeitlichen Spuren Entwicklungsprozesse zu rekonstruieren.

Kaube, der den Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann als seinen Lehrer bezeichnet, denkt dabei stark funktionalistisch, evolutionstheoretisch, systemtheoretisch: Warum wurden bestimmte Praktiken umgestellt, unter welchen Umständen ist das geschehen, welches Problem könnte dadurch gelöst worden sein? Dabei wird deutlich, dass die meisten der beschriebenen Entwicklungen höchst unwahrscheinlich waren. Das Sprechen beispielsweise ist evolutionär nicht erklärbar. Nicht einmal Menschenaffen haben einen zum Sprechen ausreichenden Rachenraum. Hat sich das Sprechen aus dem Schmatzen entwickelt, als Nebeneffekt der Nahrungsaufnahme? War es ursprünglich eine akustische Form von Grooming, stand also der Klatsch am Anfang des Sprechens? Kaubes Buch liefert eine Fülle überraschender Thesen und Einsichten: Die Schrift etwa wurde keineswegs für die Literatur „erfunden“, die jahrhundertelang sehr gut ohne Niederschrift auskam. Nein, die Schrift entstand wohl bei den Sumerern als bürokratische Merkhilfe beim Warenzählen. Der Anfang des Singens und der Musik wiederum liegt vermutlich nicht etwa in der Feier oder der Ekstase, sondern im Trost, im melodischen Singsang der Mutter, die während der Nahrungssuche den Säugling beiseitelegt, um die Hände freizuhaben. Und schließlich das Geld. Entstand es zur Erleichterung des Tausches? Keineswegs, wie Kaube darlegt. Das frühe Geld diente nicht dem Handel, sondern als religiöse Opfergabe.

Kaube gelingt das wissenschaftsjournalistische Glanzstück, eine Fülle komplexer und hochspezialisierter Forschungsergebnisse (etwa zu Zähnen im Pleistozän oder zu Melodiebögen beim Säuglingsgeschrei) verständlich und erzählerisch spannend zu präsentieren. Leichte Kost ist das Buch trotzdem nicht. Jedes der etwa zwanzigseitigen Kapitel ist ein komprimierter Crashkurs zum Stand der Forschung. Wer sich darauf einlässt, der wird selbst versucht, mit detektivischer Neugier die Anfänge des Menschseins von Grund auf zu durchdenken. Diese Denkhaltung ist wohl das Bleibenste dieses Buches, schließlich kann schon ein neuer frühgeschichtlicher Fund ganze wohlerrichtete Theoriegebäude in sich zusammenfallen lassen. Was wir über Anfänge lernen, bleibt also immer vorläufig. Was wir darüber hinaus an Anfängen lernen können, ist, wie Kaube abschließend referiert, dass „alles Neue aus etwas her-

vorgeht, dem man nicht ansieht, dass es ein Übergang sein wird". Was Kaubes Buch also auszeichnet, ist nicht nur die Verblüffung über die unwahrscheinliche Entwicklung der menschlichen Zivilisation. Es macht auch vorsichtiger gegenüber den mitunter schnell geäußerten zeitdiagnostischen Behauptungen gegenwärtiger Anfänge.

Christian Thiel

Fabian Scheidler
Chaos – Das neue Zeitalter der Revolutionen

Wien: Promedia Verlag, 2017. 240 Seiten.

Fabian Scheidler (*1968) ist ein Medienexperte (sogar mit eigenem TV-Sender), der dokumentarisch und populär-wissenschaftlich Themen aus dem Bereich Gesellschaft / Macht / Kapital gegen den Mainstream präsentiert. Mit seinem hochinteressanten Buch „Das Ende der Megamaschine" (2015), gemeint ist der Kapitalismus, warnte er vor einer „scheiternden Zivilisation" und landete damit gar einen Bestseller. In Vertiefung dieses Überblickswerks von der Antike bis zur Gegenwart stellte er auch dar, wie insbesondere die fürstenstaatliche Reformation um Martin Luther (1483-1546) zentral zur Karriere des Kapitalismus beigetragen hat.[1] Jetzt hat er sein Nachfolgewerk zur „Megamaschine" mit dem Titel „Chaos" vorgelegt. Im Vergleich zum ersten Buch ist es zeitlich eingeschränkt mit Schwerpunkt auf der Gegenwart und thematisch verbreitert. Neu begegnen in einem Teil 1 mit Diagnosen des status quo außer der Ökonomie die Themen Chaos in den Köpfen, Terror(bekämpfung) als die große Ablenkung vom Eigentlichen, die globale „Apartheid" (Scheidler) zwischen Menschen ohne und mit ökonomischer Not, die Illusion eines Technikoptimismus und der globale Zerfall von Politiksystemen als Aspekte unseres Weltchaos. Teil 2 des Buches befasst sich mit Möglichkeiten der „Reorganisation" unserer Welt. Thema ist hier außer der Ökonomie das Zwischenmenschliche als Basis gesellschaftlich-ökonomischen Wandels sowie der Umgang mit unserer Medienoligarchie. Schließlich werden in einem Teil 3 der Umgang mit der Wiedererstarkung Chinas und vor diesem Hintergrund die Möglichkeiten einer neuen globalen Friedensordnung dargestellt. Die vorliegende Besprechung konzentriert sich auf den Bereich der Ökonomie in Scheidlers Buch „Chaos".

Allerdings wird mit der Ökonomie nicht ein Bereich unter mehreren anderen Bereichen herausgegriffen. Vielmehr wird nach Ansicht des Buchautors der grundlegende Bereich für alle im Buch besprochenen Thematiken betrachtet. Denn die Ökonomie wird als Grundlage zum Verstehen von jedem anderen Themenbereich des Buches und vom Zusammenhang aller Themenbereiche untereinander begriffen. Z. B. wird die zunehmende Spaltung der westlichen Gesellschaften in Reiche und Arme als Grund angesehen, weshalb der Terrorismus zum „Kitten" dieser Gesellschaften hochstilisiert wird. (S. 12) Aber: trotz dieser Leitfunktion der Ökonomie – Scheidler spricht von der „ökonomischen Tiefenstruktur" (S. 14) aller Bereiche – bietet diese nicht die grundlegendste Erklärungsebene. Ursache für das ökonomische Chaos sind politische Systeme, die sich entweder von ökonomischen Machtträgern entmachten ließen oder selbst kapitalorientiert sind. (S. 11)

Im Folgenden wird eine knappe Reflexion über das Buch geboten und zwar – entsprechend einem Schwerpunkt vorliegender Zeitschrift – aus heutiger freiwirtschaftlicher Perspektive. So betrachtet zeigt das Buch den Autor als Anhänger einer Gemeinwohlökonomie im Einklang mit den Anliegen der Freiwirtschaft. Scheidlers Ausgang sind freilich nicht die Reforminstrumente der Freiwirtschaft – Freigeld und Freiland –, so dass er etwas andere Themenschwerpunkte und Lösungen bietet. In der gebotenen Kürze folgt dazu nur ein, freilich grundlegendes, Beispiel: Während die Freiwirtschaft eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus anstrebt, empfiehlt Scheidler in Analyse der chinesischen Verhältnisse eine Marktwirtschaft mit quasi kleinem Kapitalismus. Er will – offenbar wie in China von alters her – Staat und Kapital entflechten, z. B. die Finanzierung des Staatswesens ausschließlich über Steuern und nicht über Kredite resp. Schulden. Auch sollte der Staat verhindern können, dass Privatbetriebe und Banken zu groß, d. h. wohl systemrelevant, werden. Dagegen sollten „Mittelstand" und „Kleingewerbe" gewinnorientiert „florieren". Entscheidend sei also nicht die Abwesenheit von Kapitalisten, sondern dass sie staatliches und öffent-

liches Handeln nicht dominieren. Dieses Konzept hat eine größere Chance der Verwirklichung als eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus (S. 184-186). So bietet Scheidler der Freiwirtschaftsbewegung, der es meines Erachtens ja gerade an realer Veränderungskraft mangelt, Anregungen durch Variationen.

Im Fazit kann gesagt werden, dass Scheidlers Buch „Chaos" viele Bereiche reflektiert, die auch für die heutige Freiwirtschaftsbewegung Schlüsselthemen sind bzw. sein könnten. Zu erwähnen sind: Ausrichtung der Ökonomie an Bedürfnissen der Menschen statt an Geldverwertung, hier durch Gemeinwohlökonomie; neue Welthandelsordnung mit eigener Weltwährung für den Außenhandel gemäß J. M. Keynes (1883-1946) und der Konferenz von Bretton-Woods (1944); Beschränkung des Marktes bei Aussparung von existentiellen Bereichen und Verhinderung von Kapital-Akkumulationen; neue Ordnung von Geld als öffentliches Gut ohne Vermehrungszwang; veränderte Eigentumsverhältnisse auf der Basis von Gemeineigentum mit neuer Boden- und Agrarordnung, orientiert am Nutzer; Postwachstum mit Nachhaltigkeit; Reform des Bankenwesens (Zentralbanken mit Vollgeld, genossenschaftliches Bankenwesen ohne Renditeziele); Abbau von leistungslosen Einnahmen (= Abbau von Subventionen, von überhöhten Mieten, von Patentansprüchen, ...); gerechte Entschuldungen bis hin zum Schuldenerlass; Unternehmensverfassungen gemäß Mitarbeitergesellschaften; ökonomiekritisches Schul- und Hochschulwesen, ein neues Verständnis von Arbeit bei Aufwertung der „Sorgearbeit" (Kindererziehung, Privathaushalt, private Altenbetreuung), ... Allerdings geht das Buch mit den Zentralthemen der Freiwirtschaft – Freigeld und Freiland – nicht differenziert um. Bei der Reflexion einer Geldordnung unterscheidet der Autor weder zwischen Tilgung und Zins noch zwischen Zins und Zinseszins. Beim Umgang mit Boden kommt das Buch ohne die Idee von Freiland durch Erbpacht seitens der öffentlichen Hand, besonders der Kommunen, aus. Daher können grundlegende ökonomische Reformideen der Freiwirtschaft nicht Thema werden. Der Innenbereich, das Proprium, freiwirtschaftlicher Ökonomie ist also nur blass reflektiert; ihr Außenbereich, worauf also eine freiwirtschaftliche Ökonomie alles ausstrahlen könnte, ist umfassend und weitgehend kongenial zur Freiwirtschaft ausgeführt. Daher kann die heutige Freiwirtschaftsbewegung von diesem Buch sehr viel Anregung beziehen und lernen. Denn im Vergleich zur historischen Freiwirtschaft ist die Bewegung heute dabei, ihre Themen zu verbreitern und aktuell zu halten. Das sollte sie immer weiter tun, allerdings ohne ihr eigentliches Proprium aus den Augen zu verlieren. *Dieter Fauth*

1 Fabian Scheidler: Die Formation der kapitalistischen „Megamaschine" in der Zeit von Reformation und deutschem Bauernkrieg, in: Religiöser Pluralismus und Deutungsmacht/ hrsg. v. Ulrich Bubenheimer – Dieter Fauth, Neu-Isenburg 2017 (= Schriftenreihe der Freien Akademie, Bd. 36), S. 15-25; von mir besprochen in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 54 (2017), Folge 192/193, S. 76-77.

Steffen Henke
Fließendes Geld für eine gerechtere Welt – Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat

Baden-Baden: Tectum-Verlag, 2017. 464 Seiten.

Steffen Henke, selbständiger Finanzkaufmann und Personalcouch sowie ehrenamtlicher Gesellschafter-Geschäftsführer für die gemeinnützige Gesellschaft „Neues Geld" in Leipzig, hat ein fulminantes Werk geschaffen, das tiefschürfend begründen will, warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen. Zielführend in seinem Buch ist die Frage: „Was muss am Geldsystem geändert werden, damit stabile Gesellschaften entstehen, frei von Zusammenbrüchen und daraus folgender Not, Elend und Krieg?" (S.11) Damit hat der Autor sich einer Mammutaufgabe unterzogen, die den vier Hauptanliegen eines fließenden Geldsystems gerecht werden will: „Mit welchen Mechanismen wird das Geld möglichst gleichmäßig im Umlauf gehalten? Wie werden Hortungen von Geld vermieden? Wie kann eine Stabilität des Finanzwesens erzeugt werden, die über Generationen währt? Was muss realisiert werden, damit nicht der Mensch dem Geld, sondern das Geld dem Menschen dient?" (S. 204)

Weil der Autor weiß, dass eine einschneidende Geldreform nicht von oben diktiert, sondern nur durch eine Bewusstseinserweiterung breiter Bevölkerungsschichten gelingen kann, unternimmt

er den Versuch, das bisherige Finanzsystem und seine Mechanismen kritisch in allen Variationen akribisch zu erklären und damit in eine umfassende Diskussion mit deren Vertretern und Kritikern einzutreten, was ein Dreiviertel seines Buches ausmacht. Allein die 201 Literaturangaben zeugen von einem umfassenden Breitenwissen der Finanzwirtschaft, das hier überblickmäßig ausgebreitet und erklärt wird. So könnte allein dieses Fachbuch als umfassendes Finanzlexikon benutzt werden, wenn – was wünschenswert gewesen wäre – ein Sachwortverzeichnis noch angehängt wäre. Aber auch das umfangreiche Inhaltsverzeichnis kann hier zielfindend benützt werden, das vom Geldbegriff über Formen von Zentralbankgeld, Vollgeldinitiativen, Fristentransformation, Geldschöpfung, Geldumlaufsicherungen bis zu Gesetzesvorlagen für Banken und Stiftungen usw. führt.

Entscheidend aber für Henke ist die genaue Definition, was Geld ist, die sich als roter Faden durch das ganze Buch zieht. Denn er unterscheidet zwischen Geld (Zentralbankgeld) und Forderungen auf Zentralbankgeld. Somit ist Buchgeld für ihn kein Geld, sondern nur eine Forderung auf Zentralbankgeld. Auch die allgemein vertretene These, dass Geschäftsbanken durch Kredite Geld schöpfen, lehnt er ab und hält diese Auffassung für falsch. Damit steht er in einer Linie mit Helmut Creutz, den er zustimmend zitiert: „Ein anderer Grund für die Vorstellung von der Banken-Geldschöpfung dürfte sein, dass man immer noch Geld mit Guthaben und Krediten verwechselt oder sogar zusammenfasst. Das heißt, man verwechselt das Mittel mit dem damit getätigten Vorgängen und addiert beide sogar als so genannte 'Geldmengen'" (S. 47).

Dass diese Definition von Geld bei Creutz und Henke zur unumstößlichen Voraussetzung für eine Einführung von fließendem Geld gehört, kann der Rezensent nicht unbedingt nachvollziehen, da er mit Dirk Löhr meint, dass man zum selben Ergebnis kommt, wenn man anerkennt: „Das durch das Banksystem geschaffene Geld existiert so lange, wie das Kapitalgut abgeschrieben wird und aus den Abschreibungen die Kapitaltilgung erfolgt. Mit der abgeschlossenen Kredittilgung wird auch das geschaffene Geld wieder vernichtet."[1] Dies zeigt und gibt auch Henke recht, dass sich durch die Geldschöpfung der Banken die geldwirtschaftliche Seite nicht von der realwirtschaftlichen Seite lösen kann. Denn am Ende verschwinden Kredit und damit das geschaffene Geld (idealerweise zusammen mit dem betreffenden Vermögensgegenstand sowohl aus der Bilanz des Kreditnehmers (nach Vollabschreibung bzw. Umschlag) wie auch das geschaffene Geld aus der Bankbilanz.

Vielleicht hätte der Autor noch untersuchen sollen, wie das sogenannte „Reflux-System" greift, das – wenn es nicht gestört wird – verhindert, dass Geldmenge und Geldvermögen sich nicht unkontrolliert immer weiter aufbauen können. So wird das Reflux-Prinzip nicht nur gestört durch das vom Zins angetriebene Wirtschaftswachstum, sondern auch über per Kredit geschaffenes neues Geld, das nicht in die Realwirtschaft, sondern in die „Finanzstratosphäre" fließt (z. B. Immobilienmärkte, Aktienmärkte, Derivate u.s.w.). Zwar geht Henke auf Immobilien und Bodennutzungsgebühren (Grundsteuer) ein (S. 324-337), aber er erwähnt nicht, dass auch bei Immobilien eine leistungslose Werterhöhung geschieht, denn bei Grund und Boden werden keine Normalabschreibungen vorgenommen und bei Spekulationsgeschäften gibt es überhaupt keine Abschreibungen. Die Gefahr ist, dass durch diese Art „Kreditfinanzierung" Finanzblasen alimentiert werden können und das Finanzsystem in eine Schieflage kommt.

Zugleich müsste überlegt werden, ob Henkes Gelddefinition auch dann noch richtig wäre, was Finanzstrategen für die Zukunft erwarten (Abschaffung des Bargeldes – dies kritisiert Henke ausdrücklich! S. 409f). So teilte Prof. Dr. Richard Werner (Southampton) 2017 auf einer internationalen Tagung in Österreich mit, an der der Rezensent teilnahm, dass das augenblickliche Weltfinanzsystem die totale Kontrolle durch Zentralisierung aller Entscheidungen herbeiführen will, die im Bündel von sechs augenblicklichen Maßnahmen anvisiert werden: 1. Negativzins (kleine Banken sollen zerstört werden, große Banken sollen wachsen), 2. Krieg gegen das Bargeld, 3. Propagierung einer neuen Geldreform, 4. Einführung einer digitalen Zentralbank (Einfüh-

rung von nur digitalem Geld), 5. Schaffung von kontaktlosem Geld (Minichip in jedem Arm eines Menschen implantiert), 6. Uneingeschränktes Grundeinkommen zentral zudiktiert. So abenteuerlich das klingt, Digitalisierung und Blockchain lassen grüßen!

Umso mehr ist Henke zuzustimmen, dass eine alternative Geldreform heute dringender denn je ist. Fließendes Geld heißt konsequent: Gebühren auf Bargeld wie auch auf täglich fällige Einlagen bei der Bank statt Zinsen auf Guthaben. Dies geht auf die Tradition von Silvio Gesells „Freigeld" zurück, das schon in den praktizierten Beispielen von Brakteatengeld, Feldversuch von Wörgl und Regionalwährungen als gelungene Umlaufsicherung praktiziert wurde. Da beim fließenden Geld der Betrag einer Banknote linear abnimmt (z. B. 1 % im Vierteljahr), ist somit nach Henke ein Zins von null erreicht, der weder Guthabenzinsen noch Schuldenzinsen in den Preisen mehr zulässt. Interessant ist aber, dass Henke trotzdem den Zins bei Fließendem Geld gelten lässt. So schreibt er: „Sollte man das seiner Hausbank zur Verfügung gestellte Fließende Geld einen gewissen Zeitraum selbst nicht benötigen, empfiehlt es sich in jedem Fall, eine Zinsbindung mit seinem Bankpartner zu vereinbaren." (S. 419) Hier scheinen weitere Überlegungen nötig zu sein, zumal Henke auch das „Vollgeld" noch nicht als Lösung sieht, denn dessen „unbegrenzte Lebensdauer" ist auch eine Fehlerquelle in diesem System. Vielleicht aber wäre ein Ausweg, den Eugen Drewermann in seinem Werk „Finanzkapitalismus" vorschlägt: „Mit der Einführung von 'Vollgeld' würde dem Finanzkapital zweifellos die Lust an der Erzeugung von Fiat-Geld zum Zwecke gigantischer Spekulationsgeschäfte mit einem Schlage genommen, aber die Neigung, Geld zu horten und sich, auf dem Geldsack hockend, Zinsgewinne zu ersitzen, könnte eher noch zunehmen. Nur gemeinsam: mit Vollgeld und Freigeld, kann der entscheidende antikapitalistische Schlag geführt werden."[2] *Christoph Körner*

1 Dirk Löhr: Vollgeld – monetaristischer Aufguss oder Wunderwaffe?; in: Zeitschrift für Sozialökonomie Nr. 194/195, Nov. 2017, S. 14.
2 Eugen Drewermann: Finanzkapitalismus – Kapital und Christentum Bd. 2, Osterfildern 2017, S. 342.

Mohssen Massarrat
Braucht die Welt den Finanzsektor? – Postkapitalistische Perspektiven

Hamburg: VSA Verlag, 2017. 301 Seiten.

Der Autor ist gebürtiger Iraner, emeritierter Professor für Politikwissenschaft (Politik und Wirtschaft) des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück mit den Forschungsschwerpunkten Politische Ökonomie, Nachhaltige Entwicklung, Energie, Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Friedens- und Konfliktforschung, Mittlerer Osten und Iran (Klappentext).

Ein zentrales Stichwort für Massarrat ist „Macht", und das gesamte 2. Kapitel des Buches ist der „Macht im Kapitalismus" gewidmet. Der Gebrauch des Begriffes häuft sich im Vorwort und am Ende des Buches. Die Verteilungsfrage und der Charakter des politischen Systems werden davon bestimmt. (288) Aber auch eine „bessere postkapitalistische Ordnung" hängt davon ab. Massarrat unterscheidet anhand des Kriteriums ‚Machtverhältnis' drei Kapitalismusmodelle: Freihandelskapitalismus, keynesianischer Kapitalismus, neoliberaler Finanzmarktkapitalismus. (289) Diese Modellbildung unterscheidet sich von der sonst häufig üblichen Stufen- oder Phasentheorie (z.B. „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" bei Lenin), die „den komplexen historischen Kapitalismus auf die rein ökonomischen Vorgänge reduzierten." (11) Zur Begründung seiner eigenen Vorgehensweise unterstreicht der Autor die Unterscheidung zwischen logischem und historischem Kapitalismus bei Karl Marx: Der erstere ist ein Steuerungs- und Regulationssystem, um „menschliche Arbeitskraft unaufhörlich der abstrakten Wert- und Mehrwertproduktion zu unterwerfen" (18), der zweite eine Konkretisierung im „geografischen, politischen und sozialen Umfeld". (19)

Aber es geht auch um die Verteilung des Mehrwerts. Dabei nennt Massarrat auch die Grundrente und schreibt: Auch andere soziale Gruppen partizipieren am Mehrwert, „sofern sie … gesellschaftliche Ressourcen … monopolisieren" können. (25) Über den landwirtschaftlich genutzten Boden hinaus nennt er hier die sonstigen Naturressourcen und auch Standorte sowie gesellschaftliche Ressourcen wie Medien, Wissen, Bil-

dung, künstlerische Fähigkeiten. Das Geld fehlt. Es fehlt, obwohl die „Analyse des Finanzsektors und des Finanzkapitals … im Mittelpunkt dieses Buches" (11) steht. Es fehlt, obwohl wir alle wissen: „Die Macht hat, wer das Geld hat".[1] Und es fehlt, obwohl es sogar im „Kommunistischen Manifest" aufgezählt wird: Kapital, Geld, Grundrente als monopolisierbare gesellschaftliche Macht.[2] Ob (Sach-)Kapital in gleicher Weise wie Boden monopolisierbar ist, ist dann noch fraglich. Und es erscheint hier eine Nähe zu neoliberalem Gedankengut, das Boden dem (Sach-)Kapital subsumiert. Massarrat unterstreicht danach erneut: „Die Logik der Macht entspringt aus ihrer Kernfunktion der Monopolisierung gesellschaftlicher Ressourcen." (31, ähnlich S. 52, 59)

In den Kapiteln 3, 5 und 6 entfaltet Massarrat dann die bereits genannten Kapitalismusmodelle: Freihandelskapitalismus, keynesianischer Kapitalismus und neoliberaler Finanzmarktkapitalismus. Kapitel 4 ist überschrieben: „Zeitalter der Umbrüche: Imperialismus und die erste Weltwirtschaftskrise". Im Kapitel „Freihandelskapitalismus" benennt Massarrat erschreckend und deutlich die „Überausbeutung und Verelendung [, die] mehrere Generationen buchstäblich an den Rand ihrer physischen Existenz" (75) gebracht hat. Selbstverständlich führte das auch zu „Überproduktion und überschüssigem Kapital, das auf dem Binnenmarkt keine Verwendung findet" und daher zu „ungleichgewichtigem Außenhandel" (78, auch 80, 83) führt. Assoziationen mit der heutigen Situation des Exportweltmeisters Deutschland drängen sich auf.

Die Frage: „Worauf ist aber zurückzuführen, dass dieses konkurrenzkapitalistische Modell Ende des 19. Jahrhunderts in Imperialismus und Krieg einmündete und spätestens in der Weltwirtschaftskrise sein jähes Ende fand?" (83) leitet zum 4. Kapitel über. Interessant ist darin zum einen die Kritik an einigen marxistischen Imperialismustheorien (Lenin, Hilferding, Bucharin und Luxemburg sowie Arendt) und zum anderen der Hinweis, dass „aufgrund von Dumpinglöhnen … die … Kaufkraft hinter der Produktion zurückbleibt". (106) Massarrat zitiert dabei den nichtmarxistischen „Sozialreformer" (102) John Hobson und sieht auch die Ähnlichkeit zu Grundgedanken von Keynes (106). Die Ähnlichkeit zu Grundgedanken der Geldreform, die mithilfe der Geldhaltegebühr darauf zielt, dass die Gesamtnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern möglichst den Gesamteinkommen entspricht (geschlossener Geld-Güter-Kreislauf), sieht Massarrat nicht. Er nennt daher als Ursache zu niedriger Löhne nur die Schwäche der Gewerkschaften (106). Zu Recht verweist er auf ähnliche Erscheinungen vor den beiden Weltwirtschaftskrisen 1929 und 2008 wie private Vermögenskonzentration und extreme Einkommensungleichheit sowie massiv steigende öffentliche Verschuldung und Arbeitslosigkeit. (117)

Das 5. Kapitel ist dem keynesianischen Kapitalismus gewidmet. Zunächst zeigt Massarrat die historischen Ausgangsbedingungen auf: galoppierende Inflation in Deutschland 1923, Weltwirtschaftskrise 1929 und darauf folgende Deflation 1930-1932 in Deutschland. Die Deflationspolitik dieser Jahre als Ursache für die katastrophale Arbeitslosigkeit benennt Massarrat nicht klar und ausdrücklich. (120) Seit den 1930er Jahren in den USA und in Europa erst nach dem 2. Weltkrieg „etablierte sich das keynesianische Konzept" und die „marktradikalen Dogmen" (123) traten in den Hintergrund. Karl Georg Zinn wird zitiert: „Der Keynesianismus … instrumentalisiert den Kapitalismus zugunsten sozialstaatlicher Verhältnisse … [und] Vollbeschäftigung". (148) Sicher wurde das auch dadurch begünstigt, dass nach dem 2. Weltkrieg im marktwirtschaftlich verfassten System realwirtschaftlich große Wachstumsraten möglich waren (beiläufig erwähnt S. 207). Die Wachstumsraten führen aber allmählich zu „gesättigten Märkten" und gleichbleibend hohe Wachstumsraten sind ohnehin auf Dauer unmöglich. Mit dem Sinken dieser Wachstumsraten wurde „die Globalisierung massiv vorangetrieben … [und das Kapital entledigte sich] schleichend der keynesianischen Zügel." (148) Dass nicht auf radikale Arbeitszeitverkürzung – neben dem Begriff der Macht ein zentrales Thema von Massarrat – gesetzt wurde, sieht er als eine verpasste historische Chance der Gewerkschaften und der Linken. (146)

So „entstand … erneut ein Finanzsektor, den es schon einmal in der Endphase des Freihandels-

kapitalismus gegeben hat und der während der keynesianischen Epoche fast vollständig verschwunden war." (199) – Gegenstand des 6. Kapitels. Die „neoliberale Konterrevolution" (152) führte zu wachsenden Erwerbslosenquoten (158), zu – bezogen auf das BIP – sinkenden Investitions- und steigenden Gewinnraten (159), zu sinkenden Lohnquoten (129), zu massivem Wachsen des Verteidigungsetats und der Auslandsverschuldung (198 in den USA, auch 239). Als Quellen nennt Massarrat Renten aus Grund und Boden sowie Bodenschätzen und die sinkende Lohnquote (202,203). Dieser Sektor ist aufs engste vernetzt (213) und übt auch massiv Einfluss auf die Politik aus.

Im Schlusskapitel „Postkapitalistische Gesellschaftsordnung" unterstreicht der Autor erneut die Bedeutung einer „radikalen Verkürzung der Arbeitszeit als gesamtgesellschaftliches Projekt." (249) Er untersucht verschiedene Akteure daraufhin, ob sie dieses Projekt mittragen. Im Abschnitt „Markt, Konkurrenz, Arbeitsteilung, Geld" (261) werden (wieder) „landwirtschaftliche Böden, Rohstoffquellen, Industrieanlagen, Dienstleistungsbereich etc." unterschiedslos als Produktionsmittel bezeichnet, an denen das Privateigentum abgeschafft sein müsse, um der Ungleichheit der Machtverteilung vorzubeugen. (261)

Nun hat Massarrat in den vorangegangenen Kapiteln so klar auf Urgründe der Macht verwiesen: Monopolisierbarkeit eines Gutes und der aus diesem Grund möglichen ökonomischen Renten als eine Selbstalimentation des Finanzsektors, zum Schaden der Realwirtschaft. Dass nun auch Industrieanlagen und Dienstleistungsbereiche im gleichen Atemzug wie die unvermehrbaren und unverzichtbaren Naturressourcen genannt werden, ist sehr schade. Auch greift es zu kurz, die Macht des Geldes darin zu sehen, dass „mächtige Individuen dank ihrer monopolistischen Stellung" (265) einen beträchtlichen Teil der Wertschöpfung der Produktion an sich ziehen. Wenn man Geld, Arbeitsteilung und Märkte akzeptiert, wie Massarrat es tut, liegt der Erkenntnisschritt nahe, dass sich Tauschmittelfunktion und Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes prinzipiell stören und daher die erstere zulasten der letzteren verbessert werden sollte. Leider erachtet Massarrat auch einen Guthabenzinssatz zwischen 1 oder 0,5 % für sinnvoll, um Ersparnis mittel- bis langfristig „der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen"(267). Dabei wäre für dieses Ziel eine Belastung der Liquidität am „kurzen Ende" angesichts eines Niedrigstzinsniveaus (aufgrund einer Überfülle anlagesuchender Mittel) ein wirkungsvoller(er) Anreiz. Nun verstärkt aber gerade dieses an sich wünschenswerte niedrige Zinsniveau für längerfristig festgelegte Mittel wiederum das Interesse an unverändert rententrächtiger Geldanlage – eben in Land – massiv. Das heizt somit die von Massarrat eindringlich dargestellten Macht- und Vermögenszusammenballungen weiter an. Die Einführung einer Bodenwertsteuer könnte daher auch ein Schritt in Richtung der „Zerschlagung des Finanzsektors"(237) sein. Das Wegsteuern der Bodenrente könnte mit einem ökonomischen Hebel dem Finanzsektor einen Teil seines Nährbodens entziehen.

Alwine Schreiber-Martens

1 Kommentar-Titel im Handelsblatt, 2012: http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-die-macht-hat-wer-das-geld-hat/7381512.html
2 https://agiw.fak1.tu-berlin.de/Auditorium/WidHistTrad/Zu%20Kap7/KomMan1848.html

Walter Oswalt
No Mono – Kapitalismus ohne Konzerne – Für eine liberale Revolution

Münster: LIT-Verlag, 2017. 231 Seiten.

Der Titel dieses Buches erinnert an das globalisierungskritische Buch „No Logo", mit dem die kanadische Journalistin Naomi Klein um die Jahrtausendwende gegen die auf Markenrechten beruhende Machtmacht von Global Playern kämpfte. Im Sinne des frühen Ordoliberalismus betrachtet Walter Oswalt – er ist ein Enkel von Walter Eucken, dem Mitbegründer des Ordoliberalismus – nicht nur das Markenrecht als Machtbasis der Global Player, sondern auch die Rechtsform der Aktiengesellschaften und die Beschränkung der Haftung für die Folgen wirtschaftlichen Handelns. Der Untertitel seines Buches „Kapitalismus ohne Konzerne" ist allerdings irreführend, denn Oswalt will gerade keinen Kapitalismus, sondern er setzt sich nachdrücklich für eine Marktwirtschaft ohne Machtballungen ein. Leider gehen die Begriffe „Kapitalismus" und „Marktwirtschaft" auch am

Schluss seines Buches noch einmal durcheinander, wo Oswalt für einen Übergang vom „reflexhaften Oligopolkapitalismus zu einem reflektierten Mikrokapitalismus“ plädiert (S. 225), obwohl er einen von Mono- und Oligopolen freien Wettbewerb anstrebt.

Diese Begriffsverwirrung sei hier aber eher am Rande erwähnt. Oswalt hat sich durch seine früheren Veröffentlichungen (u.a. „Die falschen Freunde der offenen Gesellschaft“) sowie durch Neuherausgaben von wichtigen Quellentexten von Walter Eucken, Franz Böhm und Alexander Rüstow in der „Edition Zweite Aufklärung“ bereits große Verdienste um die Wiederbelebung eines „starken Liberalismus“ (S.110) als Gegenstück zu dem von Hayek aufgeweichten Ordoliberalismus erworben. Und ebenso verdienstvoll setzt er mit seinem Buch „No Mono“ sein Engagement für eine „konzernfreie Marktwirtschaft“ mit einer „gleichen Freiheit für alle“ fort. (16,24 und 50) Ganz im Sinne der frühen Ordoliberalen lautet Oswalts zentrale Aussage: „Nicht der Missbrauch von Konzernmacht, die Existenz der Konzerne selbst ist das Problem.“ (45,56,129) Die ordoliberalen Zweifel an der politischen Kontrollierbarkeit von wirtschaftlicher Macht erhalten ihre Bestätigung nicht zuletzt durch die Einflussnahme der Konzerne auf die Gesetzgebung und ihre systematische Vermeidung von Steuerzahlungen.

Im vorherrschenden neoliberalen Glauben an die Selbststeuerungsfähigkeit der monopolistisch vermachteten Märkte und an die Kontrollierbarkeit der konzentrierten Macht von Agrar-, Chemie- und Pharma-, Energie-, Rüstungs- und Internetmultis sieht Oswalt sehr zu Recht eine Pervertierung des Ordoliberalismus in sein Gegenteil. Mit einer „Politischen Ökonomie der Machtminimierung“ (11-15,25) möchte er deshalb Euckens Ziel einer „vollständigen Konkurrenz“, d. h. eines Wettbewerbs ohne marktbeherrschende Konzernmacht und mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen wiederbeleben. Dieses Ziel einer „antimonopolistischen Transformation“ (8-10) stellt er sowohl dem vorherrschenden neoliberalen Marktfundamentalismus als auch den staatsinterventionistischen Denkrichtungen entgegen und hofft insbesondere, den oftmals noch in der „Sackgasse der alten Linken“ (14-22, 58) steckenden globalisierungskritischen Bewegungen eine neue Orientierung geben zu können.

Um diese ursprüngliche ordoliberale Perspektive zu untermauern, erinnert Oswalt an einige ideengeschichtlichen Vorläufer aus der „Tradition des individualistischen Sozialismus“ während der Zeit der großen bürgerlichen Revolutionen in England, in den USA und in Frankreich. (20) Besonders hebt er Thomas Paine hervor, der die Sklaverei bekämpfte und mit seiner Schrift „Common Sense“ einen erheblichen Einfluss auf die von Thomas Jefferson verfasste Unabhängigkeitserklärung von 1776 hatte, und die sog. „Antifederalists“. (110-114) Allerdings erwähnt Oswalt nicht, dass Paine in seiner Schrift „Agrarian Justice“ auch schon erste Anregungen für Bodenreform- und Grundeinkommensüberlegungen gab. Bei den englischen Vorläufern verweist er besonders auf die Bewegung der Leveller, die der Privatisierung des „common land“ entgegen traten, und auch auf John Stuart Mill. (109-113,118) Und von den französischen Vorläufern schätzt er besonders die antimonopolistischen Bestrebungen des „Cercle social“ und der Zeitschrift „L’Atelier“, deren Mitarbeiter in Anlehnung an die Frühsozialisten Buchez und Saint-Simon für ein soziales Unternehmertum sowie für Produktionsgenossenschaften eintraten. (114-116) Schließlich finden sich in Oswalts Wegweisung in die Richtung einer „egalitären Form der Modernisierung“ auch Anklänge an die neuere „Small is beautiful“-Bewegung von Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich. (25,40)

Leider geht Oswalt bei alledem nicht weiter auf die Kritik der Vorläufer eines „starken Liberalismus“ am privaten Bodeneigentum bzw. an der Privatisierung der Boden- und Ressourcenrenten als leistungslosen Einkünften ein. Dabei ist es ihm durchaus ein wichtiges Anliegen, den „unerfüllten Auftrag der gestürzten Demokratien“ im Iran 1953, in Guatemala 1954 und in Chile 1973 „dem Vergessen zu entreißen“. Angesichts des gegenwärtigen Landgrabbings „ahnen wir, wie aktuell das Vermächtnis dieser strangulierten Revolutionen und ihrer Agenda ist.“ (72-73)

Ebenso bedauerlich ist, dass Oswalt den Gedankenhorizont des ursprünglichen Ordoliberalismus auch nach der Finanzkrise von 2008 nicht

stärker in die Richtung einer Kritik an der dem Geld innewohnenden strukturellen Macht und Akkumulationskraft ausweitet, obwohl – wie er zutreffend feststellt – die Finanzmärkte mit ihrer Macht in zunehmendem Maße die politische Gewaltenteilung unterlaufen. (130-132,145) Als Antriebskräfte der Akkumulation und Konzentration von wirtschaftlicher Macht sieht er nur die Beschränkung der Haftung von Aktiengesellschaften und deren Subvention durch den Staat (26, 32), aber nicht die Kraft des Geldes bzw. des Geldkapitals, sich durch den Zins und Zinseszins zu vermehren. Dabei hat diese Form der Konzentration von leistungslosen Einkünften zusammen mit der Privatisierung der Boden- und Ressourcenrenten die Grundlage für die Überdimensionierung von Unternehmen und deren Bedürfnis geschaffen, sich der Haftung für die immensen Folgen von Fehlentscheidungen zu entziehen.

Ohne eine Kritik an der problematischen Struktur des Geldes belässt es Oswalt bei der Forderung nach einem „Finanzsystem, in welchem alle sogenannten systemrelevanten Banken in einem Maße schrumpfen, bis sie nicht mehr ‚too big to fail' sind." (14) In Übereinstimmung mit Euckens „konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung", vor allem mit dem Plädoyer für eine Aufhebung der Haftungsbeschränkungen und der im Patent- und Markenrecht verfestigten Privilegien, fordert Oswalt nach „Goodbye Lenin" nun auch ein „Goodbye Coca-Cola, Goodbye Google, Goodbye Gazprom", um Platz zu schaffen für „die große Vision einer Gesellschaft der Selbstständigen im vollen Sinn des Begriffs". Eine wirklich freie Marktwirtschaft soll frei werden nicht nur von sozialistischen Kombinaten, sondern auch von kapitalistischen Konzernen. „Eine jedweder Macht feindliche Wirtschaftsverfassung sollte ausschließlich den Wettbewerb legitimieren. Ohne Sozialisierung von Verlusten, ohne Haftungsbeschränkung, ohne Protektion durch Diktaturen und Subvention durch Demokratien, ohne ökologischen Raubbau, ohne militärischen Schutz und ohne rechtliche Privilegien – auf tatsächlich freien Märkten hätte kaum einer der großen Konzerne die Chance zu existieren." (50,58,61,78)

Trotz der angedeuteten Defizite leistet Oswalt mit seinem Buch „No Mono" einen sehr wertvollen Beitrag zur Aufklärung darüber, dass es dem Neoliberalismus gelungen ist, „durch Etikettenschwindel eine am Interesse von Konzernen orientierte Politik als liberalen Freiheitskampf zu verkaufen. Der Neoliberalismus vertritt eine politische Ökonomie, die das Gegenteil der Ökonomie des ursprünglichen Liberalismus ist." (85) Wenn sich diese Einsicht in den Wissenschaften und in der Zivilgesellschaft verbreiten könnte, wäre schon enorm viel gewonnen. *Werner Onken*

Gerth M. Neugebauer
Erde in Not – die heimliche Bodenkatastrophe

Wien: Promedia Verlag, 2017. 208 Seiten.

„Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit kam es zur weltweit größten Ökokatastrophe, die Experten weitaus dramatischer als die Klimakatastrophe einschätzen. Denn jährlich verschwinden weltweit sieben Millionen Hektar fruchtbare Erde durch menschliche Ausbeutung und Vernichtung – ein Gebiet so groß wie die Gesamtfläche von Irland." Der Rückentext des Buches von Gerth M. Neugebauer verspricht eine prononcierte und an anschaulichen Beispielen festgemachte Auseinandersetzung mit dem fortschreitenden Schwinden gesunder und fruchtbarer Böden. Ein Problem, das in der öffentlichen Diskussion oft hinter den prominenteren Klimawandel zurücktritt, welches dem Autor zu Folge jedoch ein nicht minder bedrohliches Szenario für das Leben auf unserem Planeten darstellt.

Neugebauer führt aus, dass die Böden neben ihrer Speicher-, Filter und Regulierungsfunktion ein etwa doppelt so hohes Speicherpotential für CO_2 aufweisen als die gesamte Atmosphäre und globale Vegetation zusammengenommen. Nicht zuletzt dadurch wäre die Bodenthematik auch als zentraler Baustein der seit Jahrzehnten geführten Klimadiskussion zu sehen.

Ein regelmäßig eingesetztes Stilelement ist der Vergleich schwer fassbarer Flächenangaben – wie z.B. der weltweite Flächenverbrauch für den Siedlungsraum – mit der Größe ganzer Nationen. Dies ist für das Vorstellungsvermögen der Leserinnen und Leser sehr hilfreich. Nicht ganz schlüssig ist der Vergleich der Flächeninanspruchnahme der gesamten deutschen Kraftfahrzeugflotte (etwa 60

Mio. Fahrzeuge) mit der Landfläche Portugals (etwa 90.000 km²). Demnach wäre etwa ein Viertel Deutschlands nur mit Fahrzeugen vollgestellt. Das ist ein Eindruck, dem man sich zwar innerhalb von Großstädten oft nicht erwehren kann, der aber so sicher nicht zutrifft.

Dennoch halte ich es für zielführend, auf den hohen Flächenverbrauch des Individualverkehrs und seiner Infrastruktur deutlich hinzuweisen. Anschauliche Vergleiche sind hilfreich, um einen in vielen Köpfen zur Normalität geratenen Mobilitätsalltag mit all seinen Folgen aufzuzeigen – über das Ziel sollte der Vergleich in seiner Drastik jedoch nicht schießen.

Das Buchcover gibt trotz des unheilversprechenden Titels „Erde in Not – die heimliche Bodenkatastrophe" zumindest durch seine Illustration Hoffnung, die angedeutete Katastrophe könne noch abgewendet werden. Auf dem seitenfüllenden Bild des Bucheinbandes bricht ein zartes grünes Pflänzchen durch die Asphaltdecke einer Straße und versprüht so vorsichtigen Optimismus.

Um wieder Hoffnung zu schöpfen ob der Fülle beunruhigender Zahlen zu Flächenverbrauch, Bodendegradation und fortschreitendem Land Grabbing muss man sich bis zum Kapitel 6 „Kann etwas neues entstehen?" gedulden. Hier werden interessante Lösungsansätze wie „Phytomining", „vertical farming" und „Terra Preta" skizziert. Spezielle Pflanzen haben die Fähigkeit, Schwermetalle aus dem Boden zu ziehen. Hinterher zu Asche verbrannt, können Nickel, Blei, Kupfer und andere wertvolle, aber für den Boden schädliche Stoffe wieder als Rohstoff gewonnen werden. In Städten können Hochhäuser als Anbaufläche dienen und auch das Wissen antiker Hochkulturen zur künstlichen Herstellung höchst fruchtbarer Böden wartet darauf, wieder entdeckt und im großen Stil zum Einsatz zu kommen.

Davor werden Aspekte der historisch gewachsenen Beziehung zwischen Mensch und fruchtbarer Erde umrissen, der Verlust derselben durch menschliches Handeln der Neuzeit quantifiziert und viele Aspekte des meist sorglosen Umgangs mit einer zentralen Ressourcen des Lebens auf dem Planeten besprochen. Ein flaues Gefühl in der Magengrube stellt sich bei der Lektüre vielfach ein.

Das Kapitel über einen der Spitzenreiter beim sorglosen Umgang mit natürlichem Boden nimmt mit zahllosen Beispielen beinahe ein Viertel des gesamten, etwa 200 Seiten umfassenden Buches ein. Die Länge des Kapitels 4 „Spanien: Der Rekordhalter der Bodenvernichtung" ist sicherlich auf die augenscheinliche Fülle von Negativbeispielen auf der iberischen Halbinsel sowie auf die Biografie des Autors zurückzuführen. Neugebauer, der Forschungen zur Geschichte von Kulturlandschaft und Architektur leitete und Referent einer deutschen Landesbehörde sowie Museumsdirektor und Universitätsdozent war, studierte lange Zeit spanische Landschaftsentwicklung. Die Darstellung der Bodensituation in deutschsprachigen Ländern kommt dennoch nicht zu kurz.

Eine klare Entscheidungshilfe für bodenpolitisches Handeln im Zusammenhang mit der endlichen Ressource Boden findet sich ebenfalls im Neugebauers Buch. Sie kann Entscheidungsträgern, die einfache Mathematik als Grundlage ihres Handelns benötigen, gut zur Hand gehen. Neugebauer rechnet vor: Natürlicher Boden kann grundsätzlich nachwachsen. Im Schnitt benötigt die Neubildung von etwa 10 Millimeter natürlichem Boden an die 100 Jahre. Daraus leitet der Autor ab, dass ein Verlust von mehr als 1 Tonne pro Hektar und Jahr als dauerhafter Verlust von fruchtbarem Boden zu bilanzieren ist – zumindest in menschlichen Zeitmaßstäben.

Der Autor stützt seine Aussagen auf zahlreiche Experteninterviews, wissenschaftliche Arbeiten sowie Zahlenmaterial statistischer Ämter. Einen etwas besseren Lesefluss würde die Einbindung der 32 anschaulichen Abbildungen und Karten direkt in den Fließtext bieten.

Neugebauer legt ein spannendes Buch zu einem Thema vor, das nichts an Aktualität verloren hat und mehr denn je unter den Nägeln brennt bzw. brennen sollte. Für Leserinnen und Leser, die neu im Thema sind, bietet es gewiss das eine oder andere Aha-Erlebnis und möglicherweise auch Anstoß zur Veränderung einzelner Lebensgewohnheiten. Für den geneigten Leser bietet es eine interessante und aktuelle Zusammenstellung von Zahlenmaterial, historischen Blickpunkten sowie von Schlussfolgerungen und Ideen, wie

man künftig an die Herausforderung im unsichtigeren Umgang mit der endlichen Ressource Boden herangehen könnte. *Norbert Mundl*

Elisabeth Meyer-Renschhausen
Urban Gardening in Berlin – Touren zu den neuen Gärten der Stadt
Berlin: bebra Verlag, 2016. 192 Seiten.

Berlin ist bei Touristen wie auch jungen Leuten, Studierenden wie Künstlern extrem beliebt. Warum? Die Stadt ist eigentlich arm, die Verdienste sind eher mager und die Erwerbslosigkeit ist hoch. Eventuell eben deshalb: in Berlin wenden unterbeschäftigte Diplomierte ihr Wissen in Bürgerengagement. Und schufen so eine Stadt, die nur so strotzt vor Bürgerinitiativen. Und das über einem Dutzend von Jahren auch sichtbar.

Nämlich in Form von innerstädtischen Parks, Gemeinschafts- und Öko-Gärten, Interkulturellen Gärten und Kinderbauernhöfen. Sogar ein ganzes mittelalterliches Dorf wird nahezu reinweg durch ehrenamtliches Engagement getragen. Es ist nämlich vornehmlich zivilgesellschaftliches Engagement, dem die meisten der neueren grünen Lungen der Stadt zu verdanken sind. Wie etwa der Park auf dem Gleisdreieck in der Nähe des Potsdamer Platzes. Um den Erhalt des hier nach 1945 zunächst spontan gewachsenen wilden Grüns haben sich von der 1973 gegründeten „AG Westtangente“ bis hin zur „AG Gleisdreieck“ Bürger 40 Jahre eingesetzt. Zum Schluss konnte der Bodeneigentümer, die Bahn resp. Folgebetrieben, zwar ein Drittel des Geländes bebauen, aber der Rest wurde zu einem heute extrem beliebten innerstädtischen Park. Mit sogar einer darein integrierten Interkulturellen Garten- und einer ganzen Kleingartenanlage mit Minigemeinschaftsgärten und einem extrem beliebten Outdoor Café, dem Café Eule.

Die Umwelt-, Kinderbauernhof- und Urban Gardening-Bewegung ebnete so das Feld für einige neue Gartenbetriebe, die als „Bauerngärten“ oder mittels „Solidarischer Landwirtschaft“, Berlinerinnen und Berliner mit lokalem Ökogemüse versorgen.

Sie „ernähren ihren Mann“ resp. ihre Gründer und schaffen zunehmend neue Arbeitsplätze. Der Gärtnerhof von Mosaik in Charlottenburg bietet in vorbildlicher Art und Weise Behinderten Arbeitsplätze und bedient die Stadt mit lokalen Ökoprodukten mittels Hofladen, eigenen Restaurants, Wochenmarkt und einer Bioladen-Kette. Der „Bauerngarten“ versorgt mit seinen drei Standorten u.a. in der ehemaligen „Botanischen Anlage“ sowie im Naturschutzgebiet Gatow über 1000 Berlinerinnen und Berliner mit Bio-Gemüse und Wissen über nachhaltigen Gemüseanbau. Und der Prinzessinnengarten am Moritzplatz verdient sich seine Lorbeeren sozusagen nicht nur als eine Art wilder Biergarten und Ort einer „Gartenakademie“, sondern wesentlich mittels pädagogischer Angebote für Jugendliche oder Kinder sowie durch das Einrichten von neuen Schul-, Kinder- und Landschaftsgärten.

Die meisten innerstädtischen Gärten beruhen allerdings auf reinem Ehrenamt und dienen vor allem der sozialen Integration disparater Nachbarschaften.

So besonders der zu einer Ikone des innerstädtischen Buddelns gewordene Gemeinschaftsgarten „Allmende-Kontor“ auf dem Tempelhofer Feld. Die Bilder der „Allmende-Gärten“ vom ehemaligen Flughafen tauchen in jedem Bericht über die neue Gartenlust Berlins auf. Die Allmende-Gärten schmücken – meistens namenlos – Aufrufe zu Konferenzen, finden sich in Illustrierten nebst Merian-Heften und sogar in Annoncen zur Grünen Woche in der FAZ.

„Allmende-Gärten“ heißen die Gemeinschafts-Gärten übrigens nun auch im „Tempelhofer Feld Gesetz“ vom Mai 2014. Denn ihrer Existenz und nicht zuletzt auch dem Namen – Allmende heißt englisch Commons und ist Programm – ist mit zu verdanken, dass die Berliner im Mai 2014 für den Erhalt des ganzen Feldes als Grünfläche gestimmt haben.

Das mit aussagekräftigen Fotos überaus ansprechend gestaltete Buch gibt einen Überblick über 50 Interkulturelle Gemeinschafts-Gärten. Dazu werden einige der schon seit der Hausbesetzerzeit existierenden Kinderbauerhöfe vorgestellt und die Berliner Gartenarbeitsschulen aus der Zeit der Reformpädagogik der 1920er Jahre an drei Beispielen sowie einige wenige der das Berliner Stadtbild seit über 100 Jahren prägenden Kleingartenanlagen. Bekannte und unbekann-

tere Gartenstadt-Siedlungen in Berlin machen deutlich, dass die Idee, sich durch Eigenarbeit und Gemüseanbau zu helfen, über 100 Jahre alt ist und von der Politik im frühen 20. Jahrhundert vielfach aufgegriffen wurde. Dazu kommen Berliner Besonderheiten wie das Museumsdorf Düppeln oder das Ökowerk am Teufelssee mit kindertauglicher Ausstellung zum Thema Wasser. Das Buch stellt die Projekte entlang möglicher Fahrradrouten vor, so dass Berlinerinnen und ihre Gäste sie etwa an Sonntagen leicht erradeln können. Ein Buch, das sich gut eignet, verschenkt zu werden.

Torsten Reinsch

Hartmut Rosa
Resonanz – Eine Soziologie der Weltbeziehung

Berlin: Suhrkamp Verlag, 2016. 815 Seiten.

„Wenn Beschleunigung das Problem ist, dann ist Resonanz vielleicht die Lösung", fasst Hartmut Rosa seine zentrale Botschaft gleich im ersten Satz zusammen. Nach seinen Diagnosen des Leidens von Individuen und Gesellschaften an den Folgen sozialer Beschleunigung in der „Spätmoderne" entwickelt der sich der Tradition der Kritischen Theorie zurechnende Soziologe nun eine Antwort auf die Frage, was dann im Gegensatz dazu ein gelingendes Leben eigentlich ausmacht: Eine Beziehung der Subjekte zur Welt bzw. den sie umgebenden Weltausschnitten, die von Momenten der Resonanz gekennzeichnet ist. Der von Rosa für die Charakterisierung der Beziehung zwischen Subjekt und Welt in psychosozialer Hinsicht verwendete Begriff ist dem Physikalischen entlehnt: Resonanz bezeichnet dort die gegenseitige Beeinflussung zweier Körper durch ihre Schwingungen, so dass sich ihre Wellenlänge (ihre Frequenz) aneinander angleicht.

So wie im physikalischen Experiment zwei Pendel ihre Frequenzen synchronisieren, sofern der sie verbindende Körper beweglich genug ist, um die Schwingungen auch übertragen zu können, können auch Subjekt und Welt einschwingend „aufeinander antworten". Dazu muss der soziale Raum zwischen ihnen so beschaffen sein, dass die emotionalen, sozialen, körperlichen und psychischen Äußerungen des Subjekts überhaupt an sie umgebende Weltausschnitte übertragen werden und umgekehrt deren institutionelle, kulturelle oder auch physische Konfiguration bei uns ankommen können.

Eine solche „Passung" individueller Dispositionen mit den Verhältnissen ist dann gegeben, wenn sich eine „Form der Bezugnahme etabliert und stabilisiert", die Resonanzerfahrungen „immer wieder möglich macht" (296, Hervorhebung U.S.). Resonanz ist also kein Zustand der ständig vorherrschen kann, sondern die Erfahrung einer auf uns antwortenden Welt, die unter förderlichen Umständen auftreten kann. Resonanz ist nicht planbar, da sie das unverfügbare Moment freien Antwortens braucht. Daher ist sie auch nicht zu verwechseln mit Echo. Resonanz ist nicht Harmonie, sondern ein Antwortverhältnis, welches Widerspruch einschließt. Es geht um gelingende Anverwandlung von Welt-Ausschnitten, die uns zuvor gleichgültig waren oder die wir als zurückweisend erfahren haben.

Dies gelingt umso eher, je besser sich in der Gesellschaft „Resonanzachsen" herausgebildet haben. Rosa unterscheidet hier zwischen „horizontalen" Beziehungen zu anderen Menschen (zum Beispiel Freundschaften, Intimbeziehungen, Familie, politisches Engagement), „vertikalen" Beziehungen zur Welt als Ganzem (zum Beispiel Religion, Natur, Kunst, Geschichte) und „diagonalen" Beziehungen zur „Dingwelt" (Objekte, Gegenstände der Arbeit etc.) und untersucht sie, eher beispielhaft, „tastend" und „explorativ" hinsichtlich ihrer Resonanz- und Entfremdungspotenziale.

Arbeit etwa als eine „zentrale Resonanzachse" ist für Rosa mehr als Erwerbsarbeit: Die Auseinandersetzung mit ihren Gegenständen, sei es der Teig des Bäckers, das Wohlergehen des Klienten oder das Experiment der Wissenschaftlerin, lässt diese antworten, indem sie sich durch die Bearbeitung „anverwandeln". Durch Wettbewerbs- und Optimierungszwänge drohe jedoch eine Transformation dieser Resonanzbeziehung in entfremdete Arbeit: Wenn die Qualität unter dem Druck von Kennziffern leidet, Kontakte zu Kollegen und Klienten nicht über funktionale Kooperation hinausgehen, keine Zeit für Genießen und das Erholen nach Erfolgen bleibt.

Die Basis für die Möglichkeit von Resonanzerfahrung ist neben einer Welt, die aufgrund ihrer Struktur überhaupt antwortfähig ist, ein „Resonanzvertrauen“: Die Hoffnung, die Dinge zum „Sprechen“ bringen zu können, kann nur entstehen auf der Basis von Selbstwirksamkeitserfahrungen. Wer die Welt bisher im wesentlichen als feindlich zurückweisend erfahren hat, neigt dazu, alles Fremde als weitere Bedrohung zu sehen, Xenophobie etwa sei daher das Ergebnis einer „predominant repulsiven Welterfahrung“.

Rosa versteht die Kritik unzureichender Resonanzverhältnisse als erneuerte Kritische Theorie, die für Wissenschaft legitim bzw. gar geboten hält, gesellschaftliche Verhältnisse von einem wertenden Standpunkt aus zu kritisieren und Möglichkeitsräume für eine geänderte Entwicklungsrichtung aufzuzeigen. Entfremdung, das ‘klassische’ Theorem der Kritischen Theorie, definiert Rosa als „stumme Weltbeziehungen“. Sie können entstehen aufgrund beschädigter Subjektivitäten, resonanzfeindlicher Sozial- und Objektformationen oder als Missverhältnis, als „fehlende Passung“ von beiden. Individuelle Autonomie als die bisherige Antwort der Kritischen Theorie auf entfremdete Verhältnisse beziehe sich nur auf das „Subjekt-Ende des Resonanzdrahts“ (314). Resonanz sei zwar ohne Autonomie nicht möglich, das Verlangen nach ständiger Erweiterung der eigenen Möglichkeiten, das Ansinnen, immer mehr Welt „in Reichweite“ und „unter Kontrolle“ zu bringen, müsse angesichts einer sich immer schneller ändernden Welt aber scheitern und sei daher eher Ursache als Lösung für Entfremdung. Im Gegenteil: Ohne Überwindung des ständigen Steigerungsdrangs spätmoderner Gesellschaften in der Technik, der Ökonomie, den sozialen Beziehungen, der Kultur etc., angesichts derer sich die Subjekte ständig auf rutschenden Abhängen („slippery slopes“) wähnen müssen, sei Resonanz trotz Autonomie nicht zu erreichen. Da die Resonanzachsen der modernen Weltbeziehung sich ständig verschieben würden, würden die Subjekte nach „immer neuen und anderen Resonanzquellen“ (692) suchen.

Bleibt die Frage nach möglichen Auswegen aus diesem Dilemma, in das sich die Moderne hineingefressen hat. Rosa sieht sie in den „Konturen einer Postwachstumsgesellschaft“, wie das letzte Kapitel überschrieben ist. Es geht nicht um die Verbannung von Dynamik und Innovation, auch nicht prinzipiell um Schrumpfung – hier hebt sich Rosa deutlich ab von anderen Wachstumskritikern wie etwa Niko Paech. Entscheidend sei, dass der Zwang zur ständigen Steigerung überwunden ist. Dazu reiche allerdings die Hoffnung auf Bewusstseinswandel, auf individuelle Umkehr (die gegenwärtig dominante Orientierung der Postwachstumsbewegung, U.S.) nicht aus, da die Dispositionen der Subjekte von den Dynamisierungsimperativen „erzwungen“ seien. Ähnlich wie der Sozialpsychologe Erich Fromm sieht Rosa hier den ‘Gesellschaftscharakter’ der Subjekte. Nötig sei daher eine politische Änderung der Rahmenbedingungen. Durch „wirtschaftsdemokratische Elemente“ etwa entstehe die Chance, das Marktgeschehen aus der „blind laufenden Verwertungsmaschinerie“ an die „Maßstäbe gelingenden Lebens zurückzubinden“ und Resonanzideen gegenüber Steigerungsimperativen „überhaupt erst wieder in Anschlag zu bringen“.

Folgerichtig sieht Rosa im bedingungslosen Grundeinkommen das „plausibelste sozialstaatliche Korrelat einer ökonomischen Postwachstumsgesellschaft“ (729), da es den „Grundmodus des In-der-Welt-Seins von Kampf auf Sicherheit umzustellen“ (730) vermag – ohne „eine positive ökonomische Anreizstruktur oder die Möglichkeit libidinöser Arbeitsverhältnisse“ (730) zu untergraben. Im Gegenteil: Erst mit gesichertem Grundeinkommen lasse sich die Resonanzqualität der Arbeit wirklich zur Entfaltung bringen.

Trotz seines nicht unbescheidenen Umfangs lässt sich dieses epochale, ein grundlegendes Problem der fortgeschrittenen Moderne aufgreifende und aufklärende Werk auch von Nicht-Soziologen lesen. Durch die Mischung aus wissenschaftlich präzisem, aber verständlich und keineswegs selbstbeweihräuchernd überbordend eingesetztem soziologischen Vokubular, plastischen Beispielen und literarischen Illustrationen bleiben auch 800 Seiten spannend lesbar, Resonanzerlebnisse eingeschlossen: Jeder wird an der einen oder anderen Stelle das warme Gefühl spüren, dass er mit seinen Beobachtungen nicht allein ist und sich mit Rosas Erklärung dieser

Phänomene angenehm erweitert sehen: Das Buch selber ist ein Beispiel für eine „antwortende Welt".

Ulrich Schachtschneider

Stefan Hartmann & Christian Thiel (Hrsg.) Der schöne Schein – Symbolik und Ästhetik von Banknoten

Battenberg: Gietl Verlag, 2016. 304 Seiten.

In der Volkswirtschaftslehre diskutiert man, ob Geld in seinen Funktionen ein neutraler Vermittler zwischen Angebot und Nachfrage ist. In ihrer materialisierten Form sind die Münze und das Papiergeld seit deren Entstehung in der Regel keineswegs neutral. Schon in der Antike spiegeln die Münzen optisch die politische und wirtschaftliche Herrschaft des jeweiligen Herausgebers wider, oft vermischt mit religiöser Symbolik. Die berühmte Zinsgroschengeschichte aus dem Neuen Testament zeigt, dass die Ikonografie des Geldes sogar zu politischen Diskussionen führt (soll man dem Kaiser Steuern zahlen oder nicht?).

Mit der Entstehung des Papiergeldes und dessen Verstaatlichung im 19. Jahrhundert erfordert der fehlende intrinsische Wert eine zusätzliche bildhafte Legitimation und Vertrauensbildung durch die neuen Herausgeber (Zentralbanken). Im Gegensatz zur Münze eröffnet die Banknote naturgemäß eine wesentlich größere Fläche für Symbolik. Das neue, an sich wertlose, Papiergeld erfordert den Geldglauben seiner Nutzer. Die Analyse dieses Symbolraums des Papiergeldes (nicht nur Banknoten) ist ein spannendes Thema, nicht nur für Numismatiker und Sammler.

Das (natürlich reich bebilderte) Buch „Der schöne Schein" ist ein Sammelband mit mehreren Beiträgen von Forschern, die sich diesem Thema auf einer interdisziplinären Tagung der Universität Augsburg 2014 gewidmet haben. Die Autoren zeigen insgesamt eine große Bandbreite, wie z. B. die Rolle von George Washington auf den amerikanischen Banknoten, der gesellschaftliche Wandel, dargestellt auf den DDR-Banknoten, die Widerspiegelung der afrikanischen Dekolonisation bis hin zur visuellen Symbolik der sogenannten virtuellen Währungen (Bitcoin).

Besonders hervorzuheben ist der Beitrag von Stefan Hampl, der die Bildpolitik der angeblich neutralen Darstellungen auf den Euro-Banknoten analysiert. Nach der Lektüre seines Beitrages wird der Leser den 10-Euro-Schein in seiner Geldbörse sicherlich mit anderen Augen betrachten. Dieser bislang wenig beachte Forschungszweig liefert wichtige Erkenntnisse für alle, die sich mit dem Thema Geld beschäftigen.

Hugo Godschalk

Gerhard Senft (Hrsg.) Wildcat Banking – Materialien zur monetären Gestaltungsfreiheit von Benjamin Tucker u.a.

Leipzig: Verlag Max Stirner Archiv, 2017. 127 Seiten.

Die FAZ stufte vor kurzem in einem Bericht zu der italienischen Parlamentswahl (März 2018) das Wahlkampfthema „private Geldschöpfung mittels virtueller Währungen" als populistisch ein. Offensichtlich wurde die Entmachtung der Zentralbank von einer sog. populistischen Partei in Italien befürwortet. Es blieb in dem Artikel unklar, ob man das Thema als links- oder rechtspopulistisch verorten soll. Trotz Begriffsverwirrung bezweckte der Journalist vermutlich zwei Aussagen: Es handelt sich um eine scheinbar einfache Lösung, mit der man die Gunst des Wahlvolkes relativ leicht gewinnen kann und das Thema soll negativ konnotiert werden. Nicht nur diesem Journalisten kann ich das neue, haptisch schmale, aber inhaltsreiche, von Professor Gerhard Senft (Wirtschaftsuniversität Wien) herausgegebene Büchlein „Wildcat Banking" wärmstens empfehlen.

Der Titel bezieht sich auf eine Periode der amerikanischen Geldgeschichte (1816-1863), in der Banken im Wettbewerb eigenes Papiergeld ohne Geldmonopol einer Zentralbank herausgeben konnten. Der Titel deckt allerdings nicht den Inhalt, denn diese Periode des „Wildcat Banking" wird nur am Rande gestreift. Das Buch beinhaltet eine Vielzahl von Texten von Geldreformern, die eine Alternative zum staatlichen Geldmonopol befürworteten. Als Sammelbegriff der Kritiker einer zentralen Geldschöpfung hat sich der Begriff „Free Banking" durchgesetzt, obwohl ein Begriff wie „Free Money Issuing" die Reformbewegung vermutlich besser charakterisieren würde.

Die Diskussion „staatliche versus private Geldschöpfung" ist keineswegs neu. Sie wird durch den anarchistischen Akt der konkreten Gestaltung

sog. virtueller Währungen (wie Bitcoin) derzeit nur erneut belebt. Die Auswahl der Texte belegt, dass diese Geldreformbewegung insbesondere in den USA im 19. Jahrhundert Fuß gefasst hat. Senft präsentiert uns eine Reihe von Geld- und Sozialreformern aus dieser Periode wie Josiah Warren, Albert Brisbane, Stephen Pearl Andrews, William B. Greene, Lysander Spooner, Ezra H. Heywood und Benjamin Tucker. Vielfach greifen die Reformer, die als „individualistische" oder „mutualistische Anarchisten" bezeichnet werden können, auf die Theorien von Proudhon, Fourier und Owen zurück. Die meisten Reformer bezwecken demnach nicht nur die Freiheit der Geldausgabe, sondern befürworten gleichzeitig auch eine Änderung der Geldgestaltung (z.B. Geld als Arbeitswertscheine, Abschaffung der Golddeckung usw.), während die praktizierenden Wildcat-Banker keine derartigen ideologischen Ambitionen hegten und auf das herkömmliche Papiergeld setzen. Trotz der regulatorischen Freiräume blieben die praktischen Versuche zur Umsetzung der Reformvorschläge in den USA überschaubar und scheiterten. In diesem Zusammenhang ist es schade, dass Senft die einzige relativ erfolgreiche Umsetzung des Labor Exchange Papiergeldes (1895-1905) in mehreren US-Staaten (Initiator DeBernardi) außer Acht lässt.

Neben den damaligen Reformern aus den USA lässt Senft auch lesenswerte Autoren aus dem 20. Jahrhundert zu Wort kommen wie Ulrich von Beckerath und Siegfried H. Schwenke. Der Franzose Claude Bourdet berichtet schließlich als Zeitgenosse über den Freigeld-Versuch in Wörgl. Es ist ideengeschichtlich schwierig, die Freigeld-Projekte in die Kategorie „Free Banking" einzuordnen, denn Gesell befürwortete bekanntlich ein staatliches Geldmonopol. Was bezweckten die damaligen und auch die heutigen (manches Regiogeld) auf Freigeld basierenden Initiativen? War es als Notgeld, wie in Wörgl, als Pilotversuch für eine neue Geldordnung oder als Ergänzung zum staatlichen Geld als Komplementärwährung gedacht?

Die Texte einzelner Autoren werden jeweils von Senft ergänzt um eine Zusammenfassung der Geldreformansätze und die Kurzbiographie der Autoren. Zusätzlich gibt er eine hervorragende und ausführliche Zusammenfassung der Free Banking Reformbewegung bis zur Gegenwart. Das Buch ist ein wichtiger und notwendiger Beitrag zur aktuellen Geldreformdiskussion, die derzeit in der öffentlichen Wahrnehmung von dem Vollgeld-Ansatz dominiert wird. Die virtuellen Währungen zeigen die Machbarkeit der monetären Gestaltungsfreiheit. Für die Politiker und Befürworter des staatlichen Monopols als Basis der heutigen Geldordnung wird es schwierig werden, diesen Türspalt wieder zu schließen. Die zukünftige Gestaltung unserer Geldordnung ist auf jedem Fall nicht alternativlos und bedarf einer öffentlichen Diskussion. Eine populistische These?

Hugo Godschalk

Ute Scheub
DEMOKRATIE – Die Unvollendete.
Plädoyer für mehr Teilhabe

Hrsg.: Mehr Demokratie e.V.

München: oekom Verlag 2. Aufl. 2017. 112 Seiten.

Die promovierte Politikwissenschaftlerin und Mitbegründerin der Tageszeitung taz hat inmitten der gegenwärtigen Gefährdung der Demokratie in unserer Gesellschaft mit diesem Buch ein Plädoyer für mehr Demokratie geschrieben, das mit dem alarmierenden Satz endet: „Wenn wir aufhören, die Demokratie weiterzuentwickeln, fängt die Demokratie an, aufzuhören." So geht es der Autorin um die stete Weiterentwicklung der Demokratie, um ihre Vorwärtsverteidigung anhand vieler Ideen und praktischer Beispiele für mehr Partizipation in unserer Zeit. Ute Scheub macht deutlich: „Demokratie setzt Gleichheit voraus und strebt Gleichheit an, aber noch nie gab es so schreiende Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf der Erde wie heute. Laut einer Oxfam-Studie besitzen acht superreiche Männer so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammengenommen. Knapp 150 transnationale Konzerne kontrollieren fast die Hälfte der Weltwirtschaft. Das ist Plutokratie, die nackte Herrschaft von Geld ... Transnationale Finanzhäuser und Unternehmen scheinen das Sagen zu haben, nicht mehr die Regierungen. Wie wir in der Finanzkrise von 2008 erlebt haben, werden im Zweifelsfall Banken gerettet, aber nicht die Lebensgrundlagen von Menschen. Und die Geheimverhandlungen um die

Freihandelsabkommen TTIP und CETA zeigen, dass die Verhandler auf demokratische Rechte der Bevölkerung pfeifen. Wie wäre die bedrohte Demokratie zu retten? Wir glauben: nur in Vorwärtsverteidigung, nämlich durch Erweiterung, Verbreiterung, Vertiefung. Durch die Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder. Durch das Hörbarmachen und die Hörbarkeit aller Stimmen. Durch direkte Demokratie wie bei Volksabstimmungen, durch Partizipation und Gestaltungsmacht für Bürgerschaften, vom kleinsten Dorf aufwärts bis in die EU." Die Ursache für die bedrohte Demokratie sieht die Verfasserin in der „tiefgreifenden Resonanzstörung zwischen Regierten und Regierenden." Denn der Mensch ist der Natur nach ein Resonanzwesen. „Unsere Stimmen erklingen in einem Raum voller gespitzter Ohren, die aufeinander hören, voller Augen, die sich ansehen – daher unser tiefes Bedürfnis nach An-Sehen. Demokratie ist ein Klangkörper. Ein sinnlicher, geistiger und emotionaler Raum der Verständigung."

Damit bezieht sich die Autorin auf die Resonanzforschung des Jenaer Sozialphilosophen Hartmut Rosa, der sagen konnte: „Die neuzeitliche Demokratie beruht auf der Vorstellung, dass sie jedem Einzelnen eine Stimme gibt und sie hörbar macht, so dass die politisch gestaltete Welt zum Ausdruck ihrer produktiven Vielstimmigkeit wird." Denn Resonanz bedeutet nach Hartmut Rosa „nicht Einklang oder Harmonie, sondern Antwort, Bewegung, Berührung, tönendes Widersprechen." Um nun die tiefgreifende Resonanzstörung zwischen Regierenden und Regierten zu beseitigen, brauchen wir Volksabstimmungen, per Auslosung bestimmte Bürgerräte, Bürgergutachten und auch andere kreative Wahlformate und anregende Diskurse. Hier zitiert die Autorin auch Roland Geitmann (langjähriger Vorsitzender der CGW sowie Mitbegründer und ehemaliger Vorsitzender des Kuratoriums des Vereins Mehr Demokratie), der „die Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten und des Ministerrats" empfahl und meinte, „die Demokratisierung Europas werde nur gelingen, wenn mit Volksbegehren und -entscheid dafür das Instrumentarium zur Verfügung steht. ... Die sich dadurch eröffnenden ausgiebigen öffentlichen Diskurse über die Gestaltung der EU könnten das in Gang bringen, woran es noch fehlt: die europaweite Vernetzung der Zivilgesellschaft und entsprechendes Europabewusstsein."

Wie dies geschehen kann von der kleinen Dorfgemeinde bis zur EU, schildert die Autorin an vielen erprobten Beispielen aus der Praxis, die gelungen und nicht gelungen sind, so dass man auch aus Fehlern lernen kann. Wichtig ist, dass die Bereitschaft unter den Menschen besteht, aufeinander zu hören und Gemeinsinn zu pflegen. Denn „wie bei Musikdarbietungen müssen die Beteiligten vorher üben, ihre Instrumente pflegen, Stimmbildung betreiben. Sie müssen die Chance erhalten, den demokratischen Klangkörper selbst zu erzeugen, sie müssen ganz genau aufeinander hören und sich einspielen." Es geht also nicht um Gleichschaltung und Gleichmacherei. Ganz im Gegenteil: „Die Entfaltung der einzelnen Stimmen im vielstimmigen Klangkörper der Demokratie ist absolut entscheidend. Nur wenn alle Stimmen in allen Tonlagen frei erklingen können, entwickelt sich demokratische Resonanz", sagt die Autorin. Als ein Beispiel unter vielen nennt Ute Scheub eine kommunale Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung in Leipzig. Sie betreibt seit 2012 unter dem Namen „Leipzig weiter denken" Bürgerdialoge zu nachhaltiger Stadtentwicklung. Unter anderem organisierte sie Gesprächsforen in allen 63 Leipziger Stadtteilen sowie die Veranstaltung „Leipzig 2030 – Auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt". In einem vom Bundeswissenschaftsministerium geförderten Projekt soll in diversen Formaten eine integrierte Stadtentwicklung bis zum Jahr 2030 ausgearbeitet werden."

Was für die politische Demokratisierung geschehen muss, gilt gleicherweise für die Wirtschaft, in der Demokratie noch kaum anzutreffen ist. So mahnt die Verfasserin: „Auch die EU-Wirtschaftspolitik schreit nach Demokratisierung. Drei Millionen Menschen unterschrieben die EU-Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA, Hunderttausende demonstrierten dagegen, und in einer Konsultation der EU-Kommission lehnten 97 Prozent der EU-Bürger Sonderklagerechte für Konzerne ab. In einem Positionspapier vom April 2017 umreißt die Bewegungsplattform Campact, wie stattdessen eine neue öko-faire progressive

EU-Handelspolitik aussehen könnte; die Forderungen waren zuvor unter 40.000 Campact-Aktiven abgestimmt worden. Statt Handel als Selbstzweck zu sehen, schreibt Campact-Autorin Anna Cavazzini, müsse die Erfüllung von EU-Grundwerten das Ziel von Handelspolitik werden: Demokratie, Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz, Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Länder mit niedrigen Standards in diesen Bereichen sollten sich höheren anpassen, nicht umgekehrt. Fairer Handel müsse zum ‚Goldstandard' werden. Bevölkerung und Parlamente müssten mitbestimmen können, sowohl die der Mitgliedsstaaten als auch das EU-Parlament."

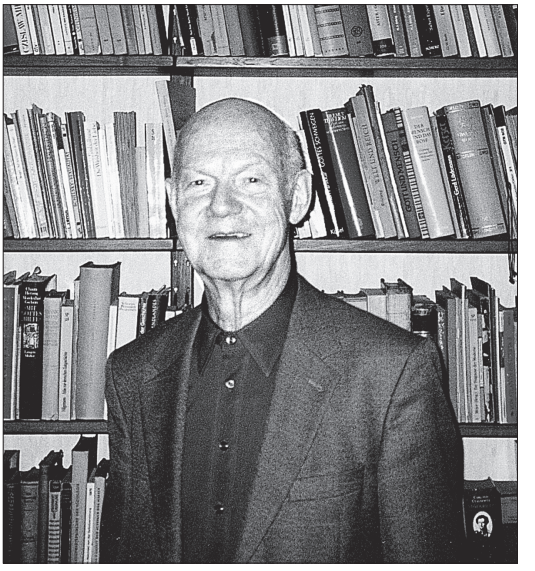
Damit dies alles ausprobiert werden kann, hat der Herausgeber „Mehr Demokratie e. V." Ute Scheubs Buch als kostenloses Angebot (natürlich mit der Bitte um eine freiwillige Spende) im Internet bereitgestellt, das auch als Print-Medium erworben werden kann. Somit ist das Buch selbst zu einer stimmigen politischen Initiative für mehr demokratisches Handeln geworden.

Christoph Körner

Albert Einstein über Henry George

„Henry George's großes Buch habe ich bereits gelesen. ... Menschen wie Henry George sind unglücklicher Weise selten. Man kann sich keine schönere Verbindung von intellektuellem Scharfsinn, künstlerischem Ausdruck und glühender Liebe zur Gerechtigkeit vorstellen. Die Verbreitung solcher Werke ist verdienstvoll, weil besonders unsere Generation viel Wichtiges von Henry George zu lernen hat."

Brief von Albert Einstein an Henry George's Tochter Anna George De Mille im Frühjahr 1934, abgedruckt in „Land and Freedom" Mai-Juni 1934; auf der Website http://www.cooperative-individualism.org/einstein-albert_henry-george-and-his-principles-1934.htm



Klaus Wulsten

* 4.2.1925 † 6.4.2018

Im hohen Alter von 93 Jahren verstarb kürzlich der frühere 1. Vorsitzende der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" Klaus Wulsten in einer Senioreneinrichtung in Berlin-Lichterfelde. Dorthin war er vor zwei Jahren gezogen, weil seine Kräfte und die seiner Lebensgefährtin Christa Manteufel-Links nicht mehr ausreichten, um die Anforderungen des Alltags eigenständig zu bewältigen. Mit Klaus Wulsten verband uns eine enge Freundschaft, deren Anfänge bis in die 1980er Jahre zurückreichen.

Sein Weg durch die Höhen und Tiefen des Lebens im 20. Jahrhundert war nicht einfach gewesen, obwohl seine Mutter als Erzieherin und sein Vater als Studienrat für die Fächer Deutsch, Geschichte, Englisch und Sport an einer Oberrealschule ihm und seinen beiden Geschwistern trotz der widrigen Zeitumstände eine gute Kindheit ermöglichen konnten. Nach einer vom Zweiten Weltkrieg geprägten Schulzeit bestand Klaus Wulsten im Sommer 1943 die Abiturprüfung. Es folgten einige Monate Arbeitsdienst und ein Dienst in der Marine. Gegen Ende des Krieges war er Infanterist in Böhmen und kam dann in kurze amerikanische Kriegsgefangenschaft.

Bereits im Elternhaus für die komplexe Problematik von Recht und Staat sensibilisiert, nahm Klaus Wulsten 1946 ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin auf, die zunehmend unter den Einfluss der sowjetischen Besatzungsmacht geriet. Neben seinen juristischen Studien machte er sich mit den Grundzugen von Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Philosophie vertraut. Ein besonderer Leitstern wurden für ihn die Werke des Philosophen Nikolai Hartmann, der als ein Vertreter des kritischen Realismus eine „Metaphysik der Erkenntnis", eine „materiale Wertethik" und eine „Grundlegung der Ontologie" verfasst hatte.

Seine Referendarzeit absolvierte Klaus Wulsten am Kammergericht Berlin (West). In dieser Zeit lernte er den Juristen Heinz-Peter Neumann kennen, der sein besonderes Interesse an der Bodenordnung und ihrer Reform weckte. Über Neumann kam Wulsten auch in Kontakt mit Karl Walker, der die Ziele einer Gesellschen Bodenrechts- und Geldreform sehr viel anspruchsvoller vertrat als so manche Anhänger in ihrem missionarischen Eifer. Nach dem Assessorexamen gründeten Heinz-Peter Neumann und Klaus Wulsten 1954 eine „Liberalsoziale Hochschulgruppe" an der Freien Universität Berlin, um die sozialreformerischen Denkansätze von Gesell und Walker in der Universität ins Gespräch zu bringen. Im selben Jahr ließ sich Klaus Wulsten als Rechtsanwalt in Berlin-Steglitz nieder und baute seine Kanzlei über Armenrechtssachen und Pflichtverteidigungen hinaus auf. 1957 gründete er eine eigene Familie. 1965 wurde er auch Notar.

Da die „Liberalsoziale Hochschulgruppe" nach und nach von Anhängern des Marxismus dominiert wurde, zogen sich Neumann, der inzwischen leitende Funktionen in der Landesversicherungsanstalt Berlin innehatte, und Wulsten aus ihr zurück. In ihrer Freizeit arbeiteten sie im „Seminar für freiheitliche Ordnung" (Herrsching, später Bad Boll) mit und gründeten als Berliner Ableger des Seminars einen „Berliner Arbeitskreis", der sich viele Jahre lang in den 'Katakomben' von Neumanns Haus am Rande des Grunewalds traf und auch andere Gesprächsorte in Berlin nutzte. Im Dialog mit Wissenschaftlern und Studierenden einschließlich der 1968er Generation ging es in diesen Gesprächsrunden immer wieder auch um die Frage, welche juristischen, politischen und philosophischen Denkweisen sich mit einer Geld- und Bodenrechtsreform vertragen und wie diese fortzuentwickeln sei. Klaus Wulsten legte stets großen Wert auf lernende Auseinandersetzungen mit anderen Denkrichtungen und auf das Zusammenwirken mit verwandten Bestrebungen.

1987 wirkte Klaus Wulsten als juristischer Berater bei der Formulierung des Vertrags zwischen der „Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" (seit 1997: „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"), Gesells Nachkommen und dem Gauke Verlag mit, der Grundlage für die Herausgabe der „Gesammelten Werke" von Silvio Gesell werden sollte. Zwei Jahre später wurde er nach dem Tod von Heinz-Peter Neumann in den Vorstand der Stiftung gewählt und übernahm 1990 auch den 1. Vorsitz, den er bis 2000 innehatte. Während dieses Jahrzehnts war Klaus Wulsten ein äußerst gewissenhafter und verlässlicher 'Schirmherr' über die verschiedenen Tätigkeiten der Stiftung.

Auch die von der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft" in Zusammenarbeit mit der Stiftung veranstaltete Tagungsreihe „Mündener Gespräche" hat Klaus Wulsten seit 1986 mit bewundernswerter Regelmäßigkeit als vielseitig gebildeter Diskussionsteilnehmer und als gelegentlicher Referent über Fragen des Bodenrechts und der Staatstheorie mitgestaltet. Immer wieder machten sein breites Wissen und die ökonomisch-juristisch-philosophische Gesamtschau einen großen Eindruck auf die Teilnehmer/innen. Dies ist umso respektabler, als er seine ehrenamtlichen Tätigkeiten – u. a. auch im „Bund für Umwelt und Naturschutz" (BUND) – neben seiner weit über das 65. Lebensjahr hinaus fortgeführten Berufstätigkeit entfaltete. Leider verhinderte die berufliche Belastung eine systematische Ausformulierung seiner Gedanken zum Bodenrecht, zum Rechtsstaat und vor allem zur Fortentwicklung der theoretischen Grundlagen einer Geldreform in Form von Aufsätzen oder Buchbesprechungen. So unterblieb nicht zuletzt auch eine in Gesprächen immer wieder angeregte gedankliche Zusammenführung der Geld- und Bodenreform mit der Ei-

gentumstheorie von Gunnar Heinsohn & Otto Steiger oder mit den Studien von Hans Immler über die Notwendigkeit, die Gedankenwelt der französischen Physiokraten im ökologischen Kontext zu rezipieren und weiterzuentwickeln.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" blieb uns Klaus Wulsten als anregender Gesprächspartner erhalten. Im Anschluss an eine Studie des Berliner Wirtschaftshistorikers Carl-Ludwig Holtfrerich über die schicksalsschweren Brüningschen Notverordnungen der frühen 1930er Jahre befürchtete Klaus Wulsten, dass auch die heutige Wirtschafts- und Sozialpolitik im Hinblick auf die anhaltend hohe, statistisch geschönte Massenarbeitslosigkeit und die Ausbreitung eines Niedriglohnsektors nicht genug aus den – Holtfrerich zufolge – vermeidbaren Fehlern der Brüningschen Notverordnungen gelernt hat. Stets bereitete es ihm auch große Sorgen, dass das Projekt der Einigung Europas und die Schaffung einer europäischen Einheitswährung auf unzureichenden ökonomischen Fundamenten begonnen wurde, so dass beides dem europäischen Kontinent und der Welt mehr Instabilität als gerechten Frieden bringen könnte.

Besuche bei Klaus Wulsten und seiner Lebensgefährtin Christa Manteufel-Links begannen bis zum vergangenen Winter meist ohne Umschweife mit der Frage: „Hast Du dieses neue Buch schon gelesen?" Während sich auf vielen Schreibtischen ungelesene Bücher türmen, war sein Arbeitszimmer übersät mit gelesenen Büchern voller Randnotizen und eingelegter Notizzettel. Es war beeindruckend, Klaus Wulsten fast bis zuletzt als einen geistig regen Freund zu erleben, der weit über sein persönliches Wohlergehen hinaus um die Zukunft von Mensch und Erde besorgt war. Wir sind ihm sehr dankbar für unsere langjährige Weggefährtenschaft und werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Prof. Dr. Dirk Löhr, 1. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft
Fritz Andres, 1. Vorsitzender der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung
Werner Onken, Redaktion der Zeitschrift für Sozialökonomie

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dr. Dieter Fauth
Betzengraben 5, 97299 Markt Zell

Dipl.-Pol. Bernadette Julia Felsch
Erich-Kästner-Str. 32, 80796 München

Dr. Hugo Godschalk
c/o PaySys, Im Uhrig 7, 60433 Frankfurt/M.

Dr. Christoph Körner
Erlbachtal 40, 09306 Erlau bei Mittweida

Dr. Ulrich Kriese
Sprecher für Bau- und Siedlungspolitik im NABU
Fahrnauer Str. 4, 79650 Schopfheim

Prof. Dr. Dirk Löhr
Gregor-Wolf-Str.9, 66606 St. Wendel

Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen
Bülowstr. 74, 10783 Berlin-Schöneberg

Dipl.-Ing. Norbert Mundl, M.Sc.
Europahof 10/6, 4840 Vöcklabruck/Österreich

Dr. Klaus Prätor
Kreuzstr. 18b, 13187 Berlin

Dr. phil. Torsten Reinsch
Kurfürstenstr. 74a, 12249 Berlin-Lankwitz

Dipl.-Ing. Stephan Reiß-Schmidt
Stuberstr. 10, 80638 München

Dr. Ulrich Schachtschneider
Hamelmannstr. 13, 26129 Oldenburg

Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens
Jahnatal 4a, 01594 Riesa-Jahnishausen

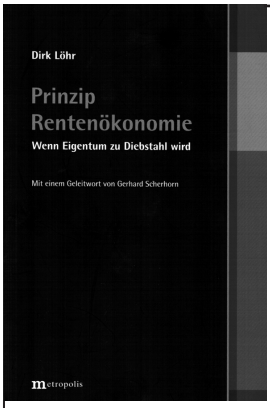
Dr. Christian Thiel
c/o Universität Augsburg
Professur für Soziologie/Sozialkunde
Universitätsstr. 10, 86135 Augsburg

PD Dr. Fabian Thiel
Beethovenstr. 4a, 60325 Frankfurt/M.

Dr. Hans-Jochen Vogel
Stiftsbogen 74, 81375 München

Henry Wilke
c/o NABU-Bundesgeschäftsstelle
Charitéstraße 3, 10117 Berlin

Dr. Helmut Woll
Falkenberger Str. 52, 28215 Bremen



200 Seiten | 22,00 EUR
ISBN 978-3-7316-1013-7

Dirk Löhr

Prinzip Rentenökonomie

Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Ökonomische Renten: Dies sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – zumindest einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Sie differenziert nicht zwischen Eigentum, das auf Leistung gründet, und solchem, das ursächlich auf Usurpation beruht. Die „Erbsünde" ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten. Land stellt die Blaupause für die „Einfriedung" weiterer Allmenden dar, deren Inwertsetzung aber zu Lasten der Allgemeinheit geschieht. Die Entkopplung von Nutzen und Kosten in der Rentenökonomie wäre daher nicht ohne die Entkopplung von Leistung und Gegenleistung im Steuerstaat möglich. So wird z.B. Infrastruktur öffentlich finanziert, die ökonomischen Renten hieraus werden aber privatisiert. Entkoppelt man aber einerseits in der Rentenökonomie Nutzen und Kosten, droht hier Marktversagen; entkoppelt man andererseits im Steuerstaat Einnahmen und Ausgaben, ist die Folge dort Staatsversagen. Nötig ist daher eine Politik, die konsequent und gegen den Widerstand von Interessengruppen die Reziprozität von privaten Nutzen und Kosten sowie staatlichen Einnahmen und Ausgaben herstellt.

metropolis
Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik

Neuerscheinung

377 Seiten | 34,80 EUR
ISBN 978-3-7316-1226-1

Dirk Löhr & Fred Harrison (Hg.)

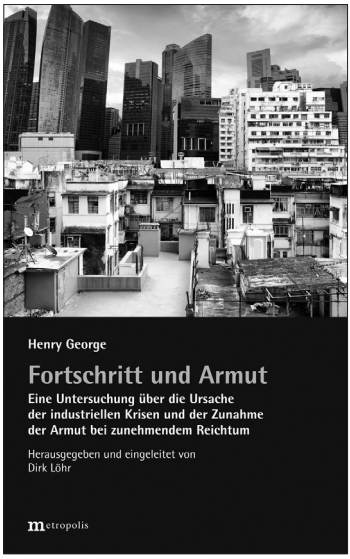
Das Ende der Rentenökonomie

Wie wir globale Wohlfahrt und eine nachhaltige Zukunft bauen können

Dieses Buch handelt von einem gleichzeitig alten wie neuen ökonomischen Paradigma, der „Geoklassik". Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaubwürdig geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriewelt geprägten Fach ist eine Scheibe.
In „Das Ende der Rentenökonomie" stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden. Die Beiträge leisten eine Rückbesinnung auf die Ansätze der klassischen Ökonomen und beziehen sich dabei auf die wichtigsten Arbeiten des heterodoxen US-amerikanischen Ökonomen Mason Gaffney (University of California / Riverside). In seinem Sinne zeigt dieser Band, wie die Volkswirtschaft dem Gemeinwohl dienen könnte. Die Befreiung aus der Zwangsjacke einer dauerhaften Stagnation, öffentlicher Armut, niedriger Löhne und Beschäftigungsunsicherheit ist möglich.

metropolis
Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik

Soeben erschienen



Henry George

Fortschritt und Armut

Eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut bei zunehmendem Reichtum

Herausgegeben und eingeleitet von Dirk Löhr
514 Seiten Hardcover · 22,80 EUR
ISBN 978-3-7316-1249-0

Deutsch von C.D.F. Gütschow 1880.
Überarbeitung der deutschen Übersetzung von Florenz Plassmann (Robert Schalkenbach Foundation, New York, 1998) und Dirk Löhr (2017)

Henry George, der bedeutende Bodenreform-Theoretiker, wurde verschiedentlich als der letzte große klassische Ökonom bezeichnet. Das Hauptwerk von Henry George war über Dekaden hinweg eines der am meisten gelesenen Bücher. Die auf den Arbeiten von Henry George beruhende Denkschule wird auch "Geoklassik" genannt.

Ausgangspunkt seiner Untersuchungen war die Fragestellung, warum gerade in den sich entwickelnden Industriegesellschaften trotz eines enormen Anstiegs der Produktivität die Armut überhandnahm. Henry George nahm dabei in vielerlei Hinsicht die Ideen der französischen Physiokraten wieder auf, ging allerdings gedanklich weit über diese hinaus. Er betrachtete – ähnlich wie die Physiokraten – Boden (incl. Natur) und Arbeit als die originären, und Kapital lediglich als einen abgeleiteten Produktionsfaktor. Damit steht das Werk von Henry George der neoklassischen Lehre diametral entgegen, welche die bis heute weitgehend "bodenlose" Wirtschaftswissenschaft prägt. Obwohl Henry George zwar das Privateigentum an Grund und Boden grundsätzlich ablehnte, wollte er es aus politisch-pragmatischen Gründen nicht abschaffen. Stattdessen sollte es über die Wegsteuerung der Bodenerträge "entkernt" werden.

Zwar ist in Deutschland das Werk von Henry George weitgehend in Vergessenheit geraten, doch hat es v.a. in den angelsächsischen Ländern einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Darüber hinaus beinhaltet insbesondere die ökonomische Verfassung der asiatischen "Tigerstaaten" geoklassische Elemente. Allen voran zu nennen sind Hong Kong und Singapur, die ihre Staatsfinanzen zu einem großen Teil aus der Abschöpfung der Erträge und Werte des vornehmlich in staatlichem Eigentum liegenden Bodens bestreiten und im Gegenzug die konventionellen Steuern minimiert haben. So konnten sich diese Standorte innerhalb weniger Jahrzehnte von unbedeutenden Ansiedlungen zu Weltzentren von Handel und Finanzen entwickeln.

Diese Ausgabe von "Fortschritt und Armut" macht das Hauptwerk von Henry George nach vielen Jahrzehnten erneut in deutscher Sprache zugänglich.

metropolis
Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik

ZfSÖ